



Fraktion der
Christlich-Demokratischen Union
im Rat
der Stadt Braunschweig



Fraktion der
Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands im
Rat der Stadt
Braunschweig



Antrag	Datum	Nummer
Öffentlich	20.10.2014	3628/14
Absender INTERFRAKTIONELLER ANTRAG CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion BIBS, Fraktion Die Linke, Fraktion Piratenpartei Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat Oberbürgermeister Markurth Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium Rat	Sitzungstermin 21.10.2014	
Betreff / Beschlussvorschlag Zu TOP 19.5: Situation von Flüchtlingen in Braunschweig		

Der Rat der Stadt möge beschließen:

„Weltweit sind mehr als 50 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Gewalt und Hunger. Auch die Zahl der Flüchtlinge nach Deutschland ist stark angestiegen. Bis Ende dieses Jahres werden nach einer Schätzung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge etwa 200.000 Menschen einen Asylantrag in Deutschland stellen. Das Land Niedersachsen rechnet mit etwa 20.000 Asylanträgen.“

Diese Situation stellt auch den in Verantwortung des Landes Niedersachsen betriebenen Standort Braunschweig der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI) vor eine große Herausforderung. Hier müssen derzeit deutlich mehr Menschen betreut werden als ursprünglich geplant. Das führt zu Unterbringungsproblemen und zu Spannungen zwischen den Flüchtlingen. Die über das eigentlich vorgesehene Maß hinausgehende Anzahl von Flüchtlingen führt darüber hinaus zu Akzeptanzproblemen im unmittelbaren Umfeld.

Der Rat der Stadt Braunschweig begrüßt, dass das Land Niedersachsen und die Stadtverwaltung bemüht sind, die Situation am Standort Braunschweig der LAB zu entspannen und zu verbessern. Eine Unterbringung in Zelten sollte auf alle Fälle vermieden werden. Die Stadt unternimmt beispielsweise erhebliche Anstrengungen zur Gesundheitsversorgung der Asylbewerber. Dennoch sind weitere Maßnahmen erforderlich, um die Situation auf Dauer zu stabilisieren. Um die existierenden Einrichtungen in Braunschweig, Bramsche und Friedland zu entlasten, ist seitens des Landes Niedersachsen die Einrichtung mindestens eines weiteren Standortes der LAB unerlässlich.

Die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge, der Vertriebenen und Schutzsuchenden ist uns ein gemeinsames Anliegen. Die freundliche und offene Aufnahme der Menschen, das Verständnis für sie und ihre leidvolle Situation wollen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten unterstützen und fördern.

Wir wollen die Sorgen der Menschen in der Umgebung der LAB ernst nehmen und im Dialog mit diesen ausräumen. Der Instrumentalisierung dieser Sorgen vor einer Überforderung der Umgebung treten wir entschieden entgegen.“

Begründung:
erfolgt mündlich.

Gez.
Klaus Wendroth
Fraktionsvorsitzender
CDU-Fraktion

Gez.
Manfred Pesditschek
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion

Gez.
Holger Herlitschke
Fraktionsvorsitzender
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gez.
Henning Jenzen
Fraktionsvorsitzender
Fraktion BIBS

Gez.
Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender
Fraktion Die Linke

Gez.
Jens-Wolfhard Schicke-Uffmann
Fraktionsvorsitzender
Fraktion Piratenpartei